Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe Mai 2025

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausclick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikelvorschläge (mit Link) an: info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag"). Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Hintergrund: Interview: Lothar Wieler "traute sich nicht immer" der Regierung zu widersprechen**
- **diagnose:funk: Britische Studie zum Smartphone-Verbot: Lernleistungen bis zu 2 Noten verbessert!**
- **T. Riegel: Ein Koalitionsvertrag der Kontrolle und Zensur**
- **ePA trotz Sicherheitslücken gestartet**
- **N. Häring: Krieg gegen Bargeld und Kleingewerbe: Union und SPD wollen alle Gewerbetreibende zwingen Verträge mit Visa und Co. abzuschließen**
- **N. Häring: Banken bilden Rabattkartell zur Verdrängung des Bargelds – Bundesbank gibt Deckung**
- **UN-Experten: US-Vorschlag zur "Übernahme" des Gaza-Streifens gegen Regeln der internationalen Ordnung**
- **F. Linder: Wenn wir dagegen sind, müssen wir das sagen**
- **Michael Lüders: Krieg ohne Ende?**
- **Italienischer Zentralbanker kritisiert Militärausgaben**
- **A. von Westphalen: Sicherheit, NATO und Alarmismus: "Russland ist eine beherrschbare militärische Bedrohung"**
- **Johannes Varwick: Rationale Sicherheitspolitik statt Alarmismus**
- **Thilo Gräser: Friedenskonferenz: Atomkrieg verhindern!**
- **Beschämender Umgang mit 80. Jahrestag der Befreiung**
- **DRFG: Kleiner Verein mit großem Anspruch**
- **Martin Singe: Recht auf Kriegsdienstverweigerung (KDV) im Ernstfall außer Kraft?**
- **Aufforderung an Gewerkschaften: NEIN zu Hochrüstung ...**
- **Fakten, Ansichten und Zukunft der USAID**

Zitat des Monats von [Richard von Weizsäcker zum 40. Jahrestag des 8. Mai 1985](#):

**Lassen Sie sich nicht hineintreiben
in Feindschaft und Hass gegen andere Menschen,
gegen Russen oder Amerikaner, gegen Juden oder Türken,
gegen Alternative oder Konservative, gegen Schwarz oder Weiß.
Lernen Sie miteinander zu leben, nicht gegeneinander.
Lassen Sie auch uns als demokratisch gewählte Politiker
dies immer wieder beherzigen und ein Beispiel geben.
Ehren wir die Freiheit.
Arbeiten wir für den Frieden. Halten wir uns an das Recht.
Dienen wir unseren inneren Maßstäben der Gerechtigkeit.
Schauen wir am heutigen 8. Mai, so gut wir es können, der Wahrheit ins Auge.**

Editorial

*Die Ausgabe beginnt mit dem Eingeständnis von Lothar Wiehler, sich als RKI-Chef in der Corona-Krise **der Politik untergeordnet** zu haben.*

*Diagnose:funk weist auf Studien hin, die belegen, dass ein Handy-Verbot in Schulen die Lernleistungen spürbar anhebt, während die mögliche **digitale Sucht** in jungen Jahren die Entwicklung der Gehirnfunktionen beeinträchtigt.*

*Die **Digitalisierungsvorhaben** der neuen Bundesregierung im Hinblick auf eine verpflichtende digitale Identität und die automatisierte digitale Identifizierung von Tätern lassen Tobias Riegel erschauern. Erschreckend ist auch, dass die elektronische Patientenakte trotz Warnungen vor Sicherheitslücken eingeführt wurde. Die von der Bundesregierung beabsichtigte Einführung einer digitalen Währung und das von einem Rabattkartell geförderte digitale Bezahlen bzw. das Verdrängen des Bargelds gefährden laut Norbert Häring die Privatsphäre.*

*Mit Blick auf den **Nahen Osten** sehen UN-Experten in der vorgeschlagenen Übernahme von Gaza durch die USA einen **Verstoß gegen das internationale Recht** und rufen die Welt dazu auf, dies nicht zuzulassen. Im Interview mit Fabian Linder betont Francesca Albanese, dass Waffenlieferungen an das Völkermord begehende Israel gegen das Völkerrecht verstoßen. Michael Lüders sieht insbesondere Deutschland in der Pflicht, seine **Haltung zu Israel** zu ändern.*

*Im Hinblick auf die **Aufrüstungsbestrebungen** mahnt ein italienischer Zentralbanker, dass in Militärausgaben kein volkswirtschaftliches Wachstumspotential*

.....

.....

liege. Andreas von Westphalen und Johannes Varwick sprechen sich gegen eine Rüstungsspirale ohne politische Begleitung aus und fordern ein **Ende des Krieges in der Ukraine**. Das fordern auch Professoren und Führungskräfte der Bundeswehr und setzen sich für eine **rationale Sicherheitspolitik** statt Alarmismus ein. Gegen Konfrontationspolitik wandte sich die **Konferenz "Frieden mit Russland"**, von der Thilo Gräser über verschiedene Referenten berichtet, die vor einem Atomkrieg warnten.

Das Auswärtige Amt und der Bundestag haben Russland und Belarus von Gedenkveranstaltungen zum **80. Jahrestag der Befreiung** ausgeschlossen. Das hält Leo Ensel für kriminelle Geschichtsvergessenheit und für einen Affront gegen alle Angehörigen dieser Länder. Der russische Botschafter in Berlin mahnt daraufhin, das Gedenken nicht von der jeweiligen Agenda abhängig zu machen. Eva Maleck-Lewy hält den Ausschluss russischer Vertreter für eine Schande für Deutschland.

An das Recht auf ein **menschenwürdiges Leben** erinnern die folgenden Beiträge: der Beitrag über eine deutsch-russische Hilfsorganisation, die in der Ostukraine tätig ist, ein Artikel über das von der Bundesregierung in Frage gestellte Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung und der Aufruf an die Gewerkschaften, sich für den Frieden einzusetzen.

Abschließend stellen wir umfangreiche Fakten und Sichten zu der von der US-Regierung eingebremsten **Organisation USAID** zusammen.

[Inhalt ↑](#)

- Hintergrund: **Interview: Lothar Wieler "traute sich nicht immer" der Regierung zu widersprechen**

Der ehemalige Präsident des Robert-Koch-Instituts (RKI) Lothar Wieler hat erstmals [öffentlich eingeräumt, sich während der Corona-Krise der Politik untergeordnet zu haben](#). In einem Interview auf der Plattform 'Table.Media' antwortete Wieler auf die Frage, ob er sich "nicht immer getraut" habe, "öffentlich das zu sagen zur Politik, was Sie gerne sagen würden", antwortete Wieler: "Das ist korrekt, ja". Zugleich verteidigte er sowohl die Arbeitsweise und die Empfehlungen des RKI als auch in weiten Teilen die von der Politik durchgesetzten Maßnahmen. Allerdings müsste die öffentliche Kommunikation verbessert werden.

Wieler sagte außerdem, das RKI habe sich zwar nicht intensiv mit dem Virusursprung befasst, er persönlich halte aber "nach dem jetzigen Kenntnisstand" den Laborursprung des Virus für die "wahrscheinlichere" These. Nach Wieler war es die richtige Strategie, die Virusausbreitung durch Masken einzuschränken. Um dem RKI eine größere Unabhängigkeit zu verschaffen, schlug Wieler vor, das Institut in eine Anstalt öffentlichen Rechts umzuwandeln, analog zum Bundesinstitut für Risikobewertung.

Das Magazin '[Hintergrund](#)' wurde 1993 gegründet. Es erscheint seit 2008 alle drei Monate als Print-Medium und stellt mehrmals wöchentlich Kurzartikel und Meldungen online. Beides erfolgt werbefrei. Verlag und Redaktion arbeiten unabhängig von Konzernen, Parteien und anderen Organisationen. (Red.)

[Inhalt ↑](#)

- diagnose:funk: **Britische Studie zum Smartphone-Verbot: Lernleistungen bis zu 2 Noten verbessert!**

Eine britische Studie hat mit Unterstützung von Jonathan Haidt mit Untersuchungen an Grund- und Sekundarschulen in England, Schottland, Wales und Nordirland belegt, dass Sekundarschulen mit einem wirksamen Handyverbot des Amtes Ofsted (Office for Standards in Education, Children's Services and Skills, Amt für Standards in Bildung, Kinderbetreuung und Kompetenzen) mehr als doppelt so häufig als "hervorragend" eingestuft werden wie Schulen ohne Smartphoneverbot. [Kinder an Schulen mit einem wirksamen Verbot erzielten Ergebnisse, die 1–2 Noten besser waren](#) als Kinder an Schulen mit laxeren Richtlinien. Die Studie empfiehlt den Schulleitern möglichst vieler Schulen, Mobiltelefone zu Schulbeginn wirksam wegzuschließen oder vom Schulgelände zu verbannen. Diese 2024 veröffentlichte britische Studie wird durch neuere Studien bestätigt.

Auf der Grundlage einer Überprüfung von 28 Studien (2013–2023) bei Kindern und Jugendlichen (0–18 Jahre) wurde festgestellt, dass die [digitale Sucht schädliche Auswirkungen auf die Gehirnstruktur, die Entwicklung, die Gehirnfunktion und das Lernen](#) hat. Besonders besorgniserregend ist die Nutzung von sozialen Medien vor dem Alter von 16 Jahren. Sie überstimulieren das Belohnungssystem des Gehirns und schaffen einen Kreislauf der sofortigen Befriedigung, der zur Suche nach ständiger Stimulation führt und die Impulskontrolle, die Entscheidungsfähigkeit und die Resistenz gegenüber anderen Süchten verringert. Die unkontrollierte Nutzung sozialer Medien steht in engem Zusammenhang mit Angstzuständen, Depressionen und Einsamkeit.

[Inhalt](#) ↑

- Tobias Riegel: **Schwarz-Rot: Ein Koalitionsvertrag der Kontrolle und der Zensur**

Mit der Kriminalisierung "falscher Tatsachenbehauptungen", der verpflichtenden digitalen Identität, den Schnittstellen zwischen Plattformen und Strafverfolgungsbehörden, dem möglichen Entzug des passiven Wahlrechts, der biometrischen Fernidentifizierung, einer umfassenderen Funkzellenabfrage, KI-basierter Datenanalyse für Sicherheitsbehörden, der Vorratsdatenspeicherung usw., verspricht uns nach Tobias Riegel "die kommende Bundesregierung [im aktuellen Koalitionsvertrag einen autoritären Kurs, der einen gruseln lässt](#)".

Riegel belegt seine Sicht mit hier z.T. wiedergegebenen Zitaten: Die Koalition der kommenden schwarz-roten Regierung sieht laut [Koalitionsvertrag \(Kap. 2.2](#) ab Zeile 1803) vor: "Verwaltungsleistungen sollen unkompliziert digital über eine zentrale Plattform ('One-Stop-Shop') ermöglicht werden, das heißt ohne Behördengang oder Schriftform. Jeder Bürger und jede Bürgerin erhält verpflichtend ein Bürgerkonto und eine digitale Identität." Weiter heißt es im [Koalitionsvertrag in Kap. 3.2](#) ab Zeile 2850: "Die Sicherheitsbehörden sollen für bestimmte Zwecke eine Befugnis zur Vornahme einer automatisierten (KI-basierten) Datenanalyse erhalten. Unter bestimmten, eng definierten Voraussetzungen bei schweren Straftaten, wollen wir den Strafverfolgungsbehörden eine retrograde biometrische Fernidentifizierung zur Identifizierung von Täterinnen und Tätern ermöglichen. Zur nachträglichen Identifikation von mutmaßlichen Tätern wollen wir eine Videoüberwachung an Kriminalitätsschwerpunkten."

[Tobias Riegel](#) hat als Journalist, für verschiedene Berliner Medien gearbeitet und ist heute Redakteur der NachDenkSeiten; seine Arbeitsschwerpunkte: Feuilleton, Medienkritik und Politik. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Norbert Häring: Lauterbach lässt ePA trotz Sicherheitslücken in seinen letzten Amtstagen noch starten**

Der geschäftsführende Bundesgesundheitsminister [Karl Lauterbach hat angekündigt, dass die elektronische Patientenakte \(ePA\) am 29.04.2025 bundesweit ausgerollt werden soll](#). Die derzeitige Begrenzung auf Testregionen wird aufgehoben. Die vom 'Chaos Computer Club' (CCC) aufgedeckten Sicherheitsprobleme sollen nach Lauterbach "vor der Einführung der ePA für alle technisch gelöst sein". Die CCC-Experten, die die Sicherheitslücken aufgedeckt hatten, zweifeln an Lauterbachs Versprechen, denn: "Bei den versprochenen Updates handelt es sich lediglich um den Versuch der Schadensbegrenzung bei einem der vielen von uns demonstrierten Angriffe. Eine umfassende Behebung aller von uns demonstrierten Mängel kann nur mit kompromissloser Aufklärung und Transparenz erreicht werden, die bisher nicht stattgefunden hat."

Norbert Häring weist zudem auf die Aussage des Bundesdatenschutzbeauftragten Ulrich Kelber hin, dass Daten, die in die ePA aufgenommen werden müssen, wenn der Patient nicht ausdrücklich widerspricht, bei Bekanntwerden zu erheblichen Gefährdungen für die Rechte der Versicherten führen können, etwa weil sie Anlass zur Diskriminierung oder Stigmatisierung geben können. Dazu zähle er Daten zu HIV-Infektionen, Schwangerschaftsabbrüchen oder psychische Erkrankungen.

Der Vorsitzende der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, Andreas Gassen, weist darauf hin, dass in den bisherigen Testregionen in der Hälfte der mitmachen wollenden Praxen noch immer die dafür nötige Software fehle. Nach Gassen ist eine verpflichtende Einführung der ePA nur möglich, wenn der Bundesdatenschutzbeauftragte die Schließung der Sicherheitslücken bestätigt habe. Häring erinnert daran, dass Privatversicherungen die ePA nicht einrichten müssen. Häring rät den Pflichtversicherten der ePA-Einrichtung bei ihrer Krankenkasse zu widersprechen.

Der scheidende Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach hat am 30.04.2025 bestätigt, dass [nach dem bundesweiten Start der ePA eine neue Sicherheitslücke entdeckt](#) worden ist. Nach einem 'Spiegel'-Bericht hatten sich auch die für den offiziellen Start der ePA neu hinzugefügten Sicherheitsmaßnahmen als unzureichend erwiesen. Hacker des CCC hatten eine zentrale, neu hinzugefügte Schutzvorkehrung überwunden und dann die Behörden informiert. Die Betreiber sollen sofort reagiert und diese Sicherheitslücke vorerst geschlossen haben.

Norbert Häring, Jg. 1963, Volkswirt; seit 1997 Wirtschaftsjournalist (Gründer der 'Financial Times Deutschland'), seit 2002 beim Handelsblatt. Häring betreibt eine eigene Homepage. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Norbert Häring: Krieg gegen das Bargeld und das Kleingewerbe: Union und SPD wollen alle Gewerbetreibende zwingen Verträge mit Visa und Co. abzuschließen**

Dass Gewerbetreibende, die bisher nur das gesetzliche Zahlungsmittel Bargeld annehmen, per Gesetz gezwungen werden sollen, einen Vertrag mit Zahlungsdienstleistern abzuschließen und auch Bankschulden zur Zahlung anzunehmen, sieht Norbert Häring als [Angriff auf das Bargeld und damit auf die Privatsphäre der Bürger](#). Häring ruft dazu auf, Die [Petition zu unterstützen](#), die verlangt, in die geplante Bargeld-Verordnung der EU eine wirksame Annahmeverpflichtung aufzunehmen.

Laut dem am 09.04.2025 vorgestellten [Koalitionsvertrag \(Kap. 2.1](#), ab Zeile 1576) will die künftige Bundesregierung von CDU/CSU und SPD sicherstellen, dass "jeder weiterhin selbst entscheiden kann, wie er bei Geschäften des Alltags bezahlt. Das Bargeld als gängige Zahlungsform erhalten wir. Wir setzen uns für echte Wahlfreiheit im Zahlungsverkehr ein und wollen, dass grundsätzlich Bargeld und mindestens eine digitale Zahlungsoption schrittweise angeboten werden sollen. Wir unterstützen einen digitalen Euro, der sowohl im Groß- als auch im Einzelhandel einen echten Mehrwert liefert sowie das Bargeld ergänzt, die Privatsphäre der

Verbraucherinnen und Verbraucher schützt, kostenfrei für Verbraucherinnen und Verbraucher nutzbar ist und die Finanzstabilität nicht beeinträchtigt.“

[Norbert Häring](#), Jg. 1963, Volkswirt; seit 1997 Wirtschaftsjournalist (Gründer der 'Financial Times Deutschland'), seit 2002 beim Handelsblatt. Häring betreibt eine eigene Homepage. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Norbert Häring: Banken bilden Rabattpartei zur Verdrängung des Bargelds – Bundesbank gibt Deckung**

Die Initiative "Deutschland zahlt digital" ist keine "Initiative", sondern ein Kartell. Es besteht bisher aus Commerzbank (Commerz Globalpay), Deutsche Bank, Volks- und Raiffeisenbanken (VR Pay), Mastercard, Visa, Flatpay, Unzer und SumUp. [Ziel ist die Verdrängung des Konkurrenten Bargeld und der Bargelddienstleister](#) durch Dumpingpreise. Die Kartellmitglieder bieten kleinen Händlern und Unternehmen mit bis zu 50'000 Euro jährlichem Umsatz die kostenlose Installation eines Zahlungsterminals und ein Jahr lang dessen gebührenfreie Nutzung und Kostenfreiheit für alle Transaktionen an. Die Kartellmitglieder nehmen Verluste in Kauf, damit Händler einen Anreiz bekommen, ihre Kunden anzuhalten, statt mit Bargeld digital zu bezahlen. Denn Bargeld verursacht Kosten, die zwar für kleine Händler oft niedriger sind als die Kosten für digitale Zahlungen, aber eben nicht null. Drei der Kartellmitglieder, Commerzbank, Deutsche Bank und die Volks- und Raiffeisenbanken, sind im Nationalen Bargeldforum der Deutschen Bundesbank vertreten, das laut Bundesbank für den Erhalt des Bargelds eintrete. Dazu kann Norbert Häring keine praktische Aktivität feststellen und schließt daraus, dass das Nationale Bargeldforum nur als Deckung dient, hinter der ungehindert die Aktivitäten zur Verdrängung des Bargelds vorangetrieben werden.

[Norbert Häring](#), Jg. 1963, Volkswirt; seit 1997 Wirtschaftsjournalist (Gründer der 'Financial Times Deutschland'), seit 2002 beim Handelsblatt. Häring betreibt eine eigene Homepage. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **UN-Experten warnen: US-Vorschlag zur "Übernahme" des Gaza-Streifens würde grundlegende Regeln der internationalen Ordnung erschüttern**

Namentlich genannte UN-Experten haben am 11.02.2025 die Drohungen von US-Präsident Donald Trump verurteilt, den Gaza-Streifen zu "übernehmen" und zu "besitzen" und die palästinensische Bevölkerung in andere Gebiete umzusiedeln, notfalls mit militärischer Gewalt. U.a. hieß es: "Solche Verstöße würden die internationale Rechtsstaatlichkeit und die damit verbundene Stabilität durch das gesetzlose 'Recht des Stärkeren' ersetzen." Und: "[Der US-Vorschlag würde die gewaltsame Vertreibung der Palästinenser von ihrem Land beschleunigen](#), die mit der Nakba 1947–1948 begann und seitdem Hauszerstörungen, Vertreibungen, Zerstörung und Diebstahl natürlicher Ressourcen sowie den Bau illegaler israelischer Kolonialsiedlungen umfasst." Und: "Wenn dem US-Präsidenten das Wohlergehen der Palästinenser wirklich am Herzen liegt, sollten die USA einen dauerhaften Waffenstillstand aushandeln, die Finanzierung der UNRWA wieder aufnehmen, die Palästinenser für Schäden entschädigen, die durch US-Waffen und Munition entstanden sind, die trotz des ernstesten Risikos von Verstößen gegen das Humanitäre Völkerrecht an Israel geliefert wurden, und Waffentransfers einstellen. Sie sollten auch Druck auf Israel ausüben, den Wiederaufbau zu finanzieren und Wiedergutmachung für die Verstöße zu leisten, die Verantwortlichen für internationale Verbrechen zur Rechenschaft zu ziehen und die palästinensische Eigenstaatlichkeit sinnvoll zu unterstützen." Und: "Alle Länder, denen die Menschenrechte und die internationale Rechtsstaatlichkeit am Herzen liegen, sollten sich den

rechtswidrigen Drohungen des US-Präsidenten entschlossen entgegenstellen. Die Welt darf nie wieder eine gesetzklose Welt akzeptieren, die von brutaler Gewalt beherrscht wird und uns alle gefährdet», warnten sie.“

[Inhalt](#) ↑

- Fabian Linder: **Wenn wir dagegen sind, müssen wir das sagen**

Francesca Albanese, italienische Rechtswissenschaftlerin und seit 2022 ehrenamtliche UN-Sonderberichterstatterin zur Menschenrechtssituation in den besetzten palästinensischen Gebieten, äußert sich im Interview über [die Rolle der internationalen Gemeinschaft beim israelischen Völkermord in Palästina](#). Es sei nicht nur so, “dass sich die USA nie sehr um das Völkerrecht gekümmert haben“ und das internationale Recht verletzen. Auch andere UN-Mitgliedstaaten würden sich nicht an das internationale Recht halten. Deutschland tue das, wenn es Israel Waffen liefere, das Verbrechen gegen das humanitäre Völkerrecht begehe. Wenn man die bestehenden Gesetze nicht durchsetzen könne, würden sie zunehmend an Kraft verlieren. Die Macht des Gesetzes sei für Palästina “der letzte Sargnagel auf dem Weg zur Selbstbestimmung, nach 50 Jahren der Heuchelei. Die Heuchelei eines politischen Systems, das über Frieden im Streben nach Staatlichkeit spricht, während Israel weiterhin jede Möglichkeit für die Palästinenser zerstört, als Volk auf dem bisschen zu existieren, was ihnen an Land übrigbleibt, auf dem man einen Staat gründen könnte. Die UN-Mitgliedstaaten waren die Hüter dieses Prozesses. Schaut euch an, wohin diese Heuchelei geführt hat.“

Albanese klagt nicht nur die Staaten an. Auch die Unternehmen würden nicht vor illegalen Handlungen zurückschrecken, wenn es darum geht, an Ressourcen zu kommen. Sie erinnert dabei an den Kongo. Auf die Frage wie sie weiter arbeiten will, angesichts der Tatsache, dass sie an der Durchführung von Veranstaltungen immer wieder gehindert wird, antwortet Albanese: “Ich weiß, dass viele Menschen verzweifelt sind, aber ich nicht. Denn die Welt war für viele schon immer ein ungerechter Ort, und jetzt sehen wir sie unverschleiert. Sie kann in ihrer Hässlichkeit gesehen werden. Jetzt ist die Zeit, in der alle das sehen können.“ Sie wisse, dass diejenigen, die sie behindern, “zu Spielfiguren in den Händen von Politikern und politischen Interessen wurden“. Sie schulde es all ihren Mitmenschen, dass sie da sein werde, “weil die Situation so brutal und so extrem ist, dass wir mit dem Extremen umgehen müssen“.

[Inhalt](#) ↑

- Michael Lüders: **Krieg ohne Ende?**

Der Nahostexperte Michael Lüders klärt in seinem [Buch “Krieg ohne Ende? Warum wir für Frieden im Nahen Osten unsere Haltung zu Israel ändern müssen“](#) über die Hintergründe der Konfrontation zwischen Juden und Arabern auf, die im 19. Jahrhundert ihren Anfang nahm. Er erzählt von der Staatswerdung Israels 1948, der Vertreibung der Palästinenser, von der israelischen Siedlerbewegung und dem Aufstieg der Hamas. Und er stellt die Haltung der Bundesregierung infrage, die unter Berufung auf die “Staatsräson“ den unkritischen Schulterchluss mit einer ultrarechten israelischen Regierung sucht. Und er geht auf Fragen ein, wie: Wo verläuft die Grenze zwischen Israelkritik und Antisemitismus? Ist die Zweistaatenlösung noch realistisch? Wie kann es Frieden im Nahen Osten geben?

Zu den Inhalten des Buches [äußert sich Lüders in verschiedenen Interviews](#)/Gesprächen und [Video-Vorträgen](#), die als Video auf seiner Internetseite zu finden sind.

[Michael Lüders](#), Jg. 1959, beschäftigt sich seit seiner Ausbildung mit der arabischen Welt, mit dem Nahen Osten und Zentralasien. Er hat dazu in verschiedenen Medien analysiert, berichtet und kommentiert sowie Expertisen für GIZ, BMZ und Auswärtiges Amt abgegeben. Er ist Präsident der

- **BüSo: Italienischer Zentralbanker kritisiert Militärausgaben**

In einer Rede vor der katholischen Kulturvereinigung 'Centro San Domenico' am 17.01.2025 wies der italienische Zentralbanker Fabio Panetta die gängige Meinung zurück, wonach Militärausgaben gut für die Wirtschaft seien. Er forderte vielmehr: "Frieden und Wohlstand sind durch ein tiefes Band miteinander verbunden. Frieden bedeutet nicht nur die Abwesenheit von Konflikten, sondern die Schaffung von Bedingungen, die es jedem Einzelnen ermöglichen, ein würdiges Leben zu führen, frei von Angst und Armut. [...] Ein Wohlstand, der kein weit verbreitetes Wohlergehen schafft, ist ein vergänglicher Wohlstand, der Konflikte und Instabilität hervorrufen kann. [...] Die [Produktion von Kriegsausrüstung trägt nicht zur Steigerung des Wachstumspotenzials eines Landes bei](#). Entwicklung entsteht durch produktive Investitionen, nicht durch Waffen."

Die [BüSo](#), Bürgerbewegung Solidarität, will durch die Wiederbelebung der deutschen klassischen Kultur zu einem neuen globalen Dialog der Kulturen beitragen. Sie sieht in dem Projekt 'Neue Seidenstraße' die einzigartige Chance, uns aus dem Korsett veralteten geopolitischen Denkens, der Gefahr thermonuklearer Konfrontation und dem Diktat der Finanzmärkte zu befreien. (Red.)

- **Andreas von Westphalen: Sicherheit, NATO und Alarmismus: "Russland ist eine beherrschbare militärische Bedrohung"**

Im Interview mit Andreas von Westphalen mahnt der Mitautor und Politikwissenschaftler Johannes Varwick, nicht von Kriegstüchtigkeit, sondern von Verteidigungsfähigkeit zu sprechen und zu sehen, dass eine Rüstungsspirale ohne politische Begleitung keine Sicherheit bringt. Auch wenn Russland als eine Bedrohung für die europäische Sicherheit wahrgenommen werde, spreche ein nüchterner Blick nicht dafür, "dass Russland sich mit der NATO militärisch anlegen und deren Territorium angreifen könnte oder nur wollte". Varwick empfiehlt den Europäern, sich an den Chancen zu beteiligen, die sich aus dem Kurswechsel der USA ergeben. Denn die "[Voraussetzung für eine Wiederherstellung einer halbwegs stabilen Sicherheitsarchitektur](#) ist, dass der Krieg in der Ukraine ohne weitere Eskalation beendet wird". Für "eine Stabilisierung der europäischen Sicherheitsarchitektur [müssen] nicht nur Aufrüstung und Kriegsvorbereitung, sondern auch die zweite Säule der Sicherheitspolitik – Rüstungskontrolle, vertrauensbildende Maßnahmen und Diplomatie – wieder eine zentrale Rolle spielen".

[Andreas von Westphalen](#), Jg. 1972, studierte Vergleichende Literaturwissenschaft, Neuere Germanistik und Philosophie in Bonn, Oxford und Fribourg. Er ist als Theater- und Hörspielregisseur und Journalist tätig. (Red.)

- **Johannes Varwick: Rationale Sicherheitspolitik statt Alarmismus**

15 (teils ehemalige) Professoren und Führungskräfte der Bundeswehr haben die Stellungnahme "Rationale Sicherheitspolitik statt Alarmismus" abgegeben. Sie finden: "Ein nüchterner Blick auf die ökonomischen und militärischen Kapazitäten wie auch die (realisierbaren) Intentionen Russlands ergibt [...], dass wenig dafürspricht, dass Russland sich mit der NATO militärisch anlegen

und deren Territorium angreifen könnte oder nur wollte. [...] Die derzeitig verbreitete Panikstimmung, begleitet von einer gigantischen Verschuldung für Aufrüstung, löst aber Europas Sicherheitsprobleme nicht. [Wichtiger wäre, den Krieg in der Ukraine mit Hilfe kluger politischer Kompromisse über Verhandlungen zu beenden](#) und danach auf der Basis vorhandener Stärke eine Stabilisierung der europäischen Sicherheitsarchitektur anzustreben, in der nicht nur Aufrüstung und Kriegsvorbereitung, sondern auch die zweite Säule der Sicherheitspolitik – Rüstungskontrolle, vertrauensbildende Maßnahmen und Diplomatie – wieder eine zentrale Rolle spielen. Die Zeit dafür drängt – Alarmismus und Panik führen in eine gefährliche Sackgasse.“

[Johannes Varwick](#), Jg. 1968, hat Politikwissenschaft, der Rechtswissenschaft und der Wirtschaftspolitik studiert und ist seit 2013 Professor für Internationale Beziehungen und europäische Politik an der Universität Halle-Wittenberg und seit 2024 Präses des Wissenschaftlichen Forums Internationale Sicherheit (WIFIS). (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Thilo Gräser: **Friedenskonferenz: Atomkrieg verhindern!**

Mehr als 400 Teilnehmer auf der Konferenz “Frieden mit Russland“ in Berlin wandten sich am 24.03.2025 gegen die Konfrontationspolitik in Europa und der Welt. Die Experten Theodor Postol (Physiker u. Berater der US-Marine) und Lawrence Wilkerson (ehem. Stabschef von Colin Powell) beschrieben die Gefahren eines Atomkrieges, während ein Publizist und ein Ex-General Frieden mit Russland forderten. Nach Postol ist sich der Westen der mit der Stationierung von US-Hyperschallwaffen in Deutschland einher gehenden tatsächlichen Gefahren nicht bewusst. Das sei allerdings schon bei NATO-Übungen in 1983 zu beobachten gewesen. Eine atomare Eskalation in Europa führe unweigerlich auch zur “allgemeinen Zerstörung der USA und Russlands“.

Laut Wilkerson wüssten die heute im militärisch-industriellen Komplex (MIK) der USA tätige Generation nichts mehr von den Erfahrungen im Kalten Krieg. Wilkerson erinnerte daran, dass die USA das bisher einzige Land sind, die das bereits taten und 1945 dabei bis zu 150'000 Menschen töteten. Zu den Gründen für einen möglichen erneuten Einsatz zählte er die Unfähigkeit des US-Militärs, einen konventionellen Krieg zu gewinnen, sowie die Angst des Imperiums vor dem eigenen absehbaren Untergang. Das mache die heutige Situation gefährlicher als die 1962 um Kuba oder zuvor in Berlin. Wie Postol warnte Wilkerson, dass ein Atomkrieg nicht zu gewinnen sei.

Wolfgang Bittner sieht seit der Amtsübernahme von Trump “reale Chancen für die Entwicklung einer neuen internationalen Sicherheits- und Friedensarchitektur“. Doch das werde von den bundesdeutschen Politikern nicht erkannt. Er erinnerte daran, wie Kreise des anglo-amerikanischen Kapitals seit mehr als 100 Jahren versuchen, Deutschland unter Kontrolle und klein zu halten. Er erinnerte auch daran, dass die BRD anders, als offiziell erklärt, bis heute nicht souverän sei. Bittner forderte den Austritt Deutschlands aus der NATO, die Kündigung aller Stationierungsverträge für ausländische Streitkräfte, die Wiederaufnahme russischer Gaslieferungen und normaler Beziehungen zu Russland sowie den Stopp der Waffenlieferungen in die Ukraine.

Manfred Grätz, ehemaliger Generalleutnant der Nationalen Volksarmee (NVA) der DDR, erklärte, “dass ein dauerhafter Frieden nur mit Russland, niemals ohne Russland und schon gar nicht gegen Russland machbar ist“. In der Abschlusserklärung der Konferenz wird festgestellt, die “maßlose Hochrüstung“ führe “unweigerlich in den Abgrund“. [Es sei ein System der kollektiven Sicherheit in Europa und der Welt im Rahmen der UNO zu schaffen](#) sowie die NATO-Erweiterung zu stoppen und zurückzufahren.

[Tilo Gräser](#), Jg. 1965, Diplom-Journalist, seit März 2017 Redakteur und Korrespondent für sputniknews, zuvor Journalist für verschiedene Medien und Pressesprecher; Schwerpunkte sind Politik und Soziales. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Beschämender Umgang mit dem 80. Jahrestag der Befreiung

Nachdem das Auswärtige Amt – angeblich aus Sorge vor “russischer und belarussischer Propaganda” – bereits vor Wochen in einer “Handreichung an Länder, Kommunen und Gedenkstätten des Bundes“ davon abgeraten hatte, die Teilnahme von Vertretern von Russland und Belarus bei Gedenkveranstaltungen zum 80. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges zuzulassen und empfahl, ihnen gegebenenfalls den Zugang zu den Mahnmälern zu verwehren, hat nun der Bundestag [Russland und Belarus von der zentralen Gedenkfeier ausgeschlossen](#). Lokal- und Landespolitiker zeigten Unverständnis für die Empfehlung des Auswärtigen Amtes, jemanden “auszuladen, der hier seiner Landsleute gedenken will. Das kann ich nicht nachvollziehen. So macht man keine Diplomatie.”

Angesichts des Ausschlusses der russischen und belarussischen Botschafter hat Leo Ensel einen Offenen Brief verfasst. Darin drückt er seine “große Scham und Empörung“ zu den Vorgaben der Bundespolitiker aus, “nicht nur die offiziellen Vertreter von Russland und Belarus, sondern sogar Russen und Weißrussen generell von den offiziellen Gedenkfeiern zum Ende des Zweiten Weltkrieges ausschließen wollen. [Dies ist nicht nur ein Akt fahrlässiger, nein krimineller Geschichtsvergessenheit, es ist ein Affront gegenüber allen Angehörigen der Menschen dieser Länder](#), die für die Befreiung Deutschlands ihr Leben ließen. Es geht nicht an, dass die Soldaten, die vor 80 Jahren für die Befreiung unseres Landes starben, heute aus aktuellen Gründen gegeneinander ausgespielt werden. Und es geht nicht an, dass bei den Gedenkfeiern zwischen guten und bösen, eingeladenen und ausgeladenen Gästen unterschieden wird! Wenn es überhaupt eine einzige Lehre aus dem grauenhaften Gemetzel des Zweiten Weltkriegs geben kann, dann die: Niemals wieder dürfen sich die Völker auf dem europäischen Kontinent entzweien! Niemals wieder darf auf unserem Kontinent mehr Krieg geführt werden! Und sollte dies – wie heute – schrecklicherweise doch der Fall sein, so muss er schnellstmöglich mit den Mitteln der Diplomatie beendet werden!“ Ensel bittet die Russen und Weißrussen zu den Gedenkveranstaltungen zu kommen.

Der russische Botschafter in Deutschland, Sergej Netschajew, hat am 28.04.2025 in einer geschlossenen Veranstaltung zum Gedenken an die Toten und an die Befreiung des Konzentrationslagers Sachsenhausen teilgenommen. Die Anwesenden, zu denen auch zahlreiche Botschaftsmitarbeiter gehörten, “gedachten der sowjetischen Gefangenen, die unter härtesten Bedingungen im Lager starben“, heißt es in einer Pressemitteilung der Russischen Botschaft. Von der eigentlichen Veranstaltung in der Gedenkstätte am 4. Mai war Netschajew von der brandenburgischen Landesregierung im Vorfeld mit der Begründung ausgeladen worden: Solange Russland “einen blutigen Angriffskrieg gegen die Ukraine führt und den Frieden in ganz Europa bedroht, ist es nicht vorstellbar, dass offizielle Vertreter Ihres Landes an diesen Veranstaltungen teilnehmen“. Axel Drecoll, Direktor der “Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten“, hatte gegenüber ‘Bild’ bekräftigt, der russische Botschafter werde mithilfe des “Hausrechts“ und von “Sicherheitskräften“ entfernt, falls er zu der offiziellen Gedenkveranstaltung am 4. Mai komme. Auf der geschlossenen Veranstaltung sagte Netschajew, die Erinnerungskultur an die sowjetischen Opfer und Befreier müsse an spätere Generationen weitergegeben werden, damit die Geschichte nicht verfälscht werde. Das Gedenken dürfe auch “nicht von der jeweils aktuellen politischen Agenda abhängen, verdreht oder verschwiegen werden“. Zudem lobte der russische Botschafter den [“Aussöhnungsprozess“ zwischen Russen und Deutschen](#) nach dem Zweiten Weltkrieg. Netschajew hatte in den vergangenen Tagen bereits an Gedenkveranstaltungen auf den Seelower Höhen, am Sowjetischen Ehrenfriedhof in Potsdam sowie in Torgau teilgenommen.

Die Autorin Dr. Eva Maleck-Lewy, deren Mutter 1945 von den sowjetischen Truppen aus dem Lager des Jüdischen Krankenhauses in Berlin befreit wurde, hält einen “Ausschluss russischer Vertreter vom Gedenken an den 80. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges [...] für eine [Schande für Deutschland](#) und die gegenwärtige Politik“.

[Inhalt](#) ↑

- DRFG: **Kleiner Verein mit großem Anspruch**

Laut DRFG (Deutsch Russische Freundschaftsgesellschaft) verfolgt das [Aktionsbündnis "Zukunft Donbass"](#) seit vielen Jahren das Ziel, den Menschen im Donbass, die durch den Krieg in der Ostukraine zu Schaden kamen, humanitäre Hilfe zuteilwerden zu lassen. Dazu werden medizinische Güter in Deutschland gesammelt und als humanitäre Hilfe nach Donbass geliefert, die Öffentlichkeit zur Finanzierung der Vorhaben um Spenden gebeten und die Betreuung für die Transporte organisiert und finanziert. Das Aktionsbündnis beteiligt sich auch an humanitären Projekten der Hilfe vor Ort. Es versucht durch Wort und Schrift die Aufmerksamkeit einer breiten Öffentlichkeit auf die katastrophalen Zustände in dem betroffenen Gebiet zu lenken, z.B. durch die Organisation und Durchführung von verschiedenen Aktionen. Seit Jahren liefert der Verein medizinisches Gerät, aber auch Dinge des täglichen Bedarfs an zahlreiche Kliniken, Altenheime und Kindergärten in der nicht anerkannten Volksrepublik Lugansk. Es gibt die [Möglichkeit zu spenden](#).

DRFG, [Deutsch Russische Freundschaftsgesellschaft](#) in Thüringen e.V., wendet sich an alle, die sich für ein friedliches und fruchtbringendes Verhältnis zwischen deutschen und russischen Bürgern einsetzen und möchten dafür auch viele junge Menschen begeistern. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Martin Singe: **Recht auf Kriegsdienstverweigerung (KDV) im Ernstfall außer Kraft?**

Der Bundesgerichtshof (BGH) fällte am 16.01.2025 einen Beschluss in einem Auslieferungsverfahren, der tief in das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung (KDV) eingreift und dieses praktisch aufhebt (4 ARs 11/24 v. 16.1.2025). Damit ist der Beschluss selbst nach Martin Singe als verfassungswidrig zu qualifizieren, da er ein der sogenannten Ewigkeitsgarantie aus Art. 79 Abs. 3 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 3 Grundgesetz unterliegendes [Grundrecht in seinem Kern außer Kraft setzt](#). Ebenfalls sei Art. 19 Abs. 2 verletzt: "In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden." Nach Singe übersieht der BGH bei seiner Argumentation für ein Aussetzen der KDV, dass "das BVerfG klargestellt hat, dass im Zweifelsfall der Wert der Gewissensfreiheit über dem Wert der Funktionsfähigkeit der Streitkräfte stehe und nicht gegen diese abgewogen werden könne, eben weil es sich um ein im Wesenskern unantastbares Grundrecht handelt".

Zum gleichen Ergebnis komme auch die Verfassungsrechtlerin Kathrin Groh in einem Artikel zu diesem BGH-Beschluss: "Das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung aus Art. 4 Abs. 3 GG ist auf den Kriegsfall zugeschnitten. Sein unantastbarer Kernbereich verlangt gerade für den Verteidigungsfall uneingeschränkte Geltung. Der Kernbereich von Art. 4 Abs. 3 GG ist abwägungsfest. Er darf nicht gegen die Verfassungsgüter der effektiven Landesverteidigung und der Funktionsfähigkeit der Bundeswehr aufgerechnet werden." Singe erinnert an den Hintergrund, vor dem das Grundrecht auf KDV im Rahmen der Gewissensfreiheit nach in Art. 4 Abs. 3 des Grundgesetzes mit der Formulierung "Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden" fest verankert wurde: Es heißt in Art. 4 Abs. 3 GG: Die Erfahrungen mit den Schicksalen der Deserteure des Zweiten Weltkrieges sollten sich nie wiederholen. Denn etwa 30'000 Todesurteile wurden von der NS-Militärjustiz gegen "Deserteure/Fahnenflüchtige", "Wehrkraftzersetzer" und "Kriegsverräter" (so die Straftatbestände) in der NS-Zeit verhängt, etwa 22'000 Urteile wurden durch Hinrichtungen vollstreckt. Nach Singe ist "zu prüfen, ob durch diesen Beschluss nicht alle Anerkennungsbescheide für KDVer hinfällig geworden sind – und somit jeder Kriegsdienstverweigerer zu einer Verfassungsklage berechtigt wäre".

[Martin Singe](#) ist Kriegsdienstverweigerer und arbeitet im Redaktionsteam der Zeitschrift [FriedensForums](#). Im Rahmen seines friedenspolitischen Engagements wendet er sich auch [gegen die nukleare Teilhabe Deutschlands](#). (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● **Aufforderung an die Gewerkschaften: NEIN zu Hochrüstung und Kriegsvorbereitung**

Die Initiative "Nie-wieder-Krieg!" ruft mit einem Argumentationspapier "alle Menschen auf, ihren Verstand zu benutzen und sich diesem Hochrüstungswahnsinn, diesen gefährlichen Kriegsvorbereitungen entgegenzustellen. [Wir brauchen keine 'Kriegstüchtigkeit', sondern eine Politik für Frieden, für Verhandlungslösungen, für Rüstungskontrolle und Abrüstung.](#) Wir wollen keine Wehrpflicht. Wir wollen keine neuen Kriegskredite, keine Schulden für noch mehr Militär. Wir wollen, dass das Geld des Staates für ein besseres Leben der Menschen und für die Sicherung der Zukunft ausgegeben wird und nicht für Waffen und Krieg. Wir fordern die Gewerkschaften, Verbände und Parteien auf: Frieden, die Verhinderung von Kriegen muss das höchste Ziel und die Richtschnur der Politik sein. Setzt euch endlich dafür ein, werdet eurem Auftrag gerecht!" – Hier kann man [mitunterzeichnen!](#)

[Inhalt](#) ↑

● **Fakten, Ansichten und Zukunft der USAID**

Am 24.01.2025, wenige Tage nach Amtsantritt, haben US-Präsident Donald Trump per Dekret und anschließend US-Außenminister Marco Rubio [fast alle Auslandshilfen gestoppt](#) bzw. die Gelder der USAID (Behörde für internationale Zusammenarbeit) fast vollständig für 90 Tage ausgesetzt. Rubio hat eine Überprüfung aller ausländischen Hilfsprogramme eingeleitet, um sicherzustellen, dass sie effizient seien und mit der US-Außenpolitik im Rahmen der "Amerika First"-Agenda übereinstimmen. Rubio: "Die Überprüfung und Neuausrichtung der Auslandshilfe im Namen der hart arbeitenden Steuerzahler ist nicht nur richtig, sondern ein moralisches Gebot."

Der 'Supreme Court' entschied am 05.03.2025, dass [Gelder für bereits erbrachte Leistungen \(1,5 bis 2 Mrd. US-Dollar\) unverzüglich freizugeben](#) sind. Das oberste Gericht bestätigte damit das Urteil eines Bezirksgerichts, das aber angewiesen wurde noch gewisse [Klarstellungen hinsichtlich der Pflichten der Regierung vorzunehmen](#).

Nach US-Regierungsangaben sollen insgesamt 83% der USAID-Programme gestrichen und damit [54 Mrd. US-Dollar eingespart](#) werden.

Am 29.03.2025 wird gemeldet, dass US-Außenminister Rubio [USAID zum 01.07.2025 endgültig zerschlagen](#) will. Einige der verbliebenen Funktionen sollten bis dahin vom Außenministerium übernommen werden. Andere, die nicht mit den Zielen der Regierung übereinstimmen, sollten ganz aufgegeben werden. Die meisten der verbliebenen USAID-Mitarbeiter sollen entlassen werden. Die Auslandshilfeprogramme würden neu ausgerichtet nach dem, was für die USA am besten sei.

Für Ron Paul ist die USAID (United States Agency for International Development) nur vordergründig eine Regierungsbehörde, die in Katastrophengebieten in Übersee Hilfe leistet. In Wahrheit sei USAID "eine Schlüsselkomponente der weltweiten 'Regimewechsel'-Operationen der US-Regierung. USAID gibt jedes Jahr Milliarden von Dollar aus, um 'Nichtregierungsorganisationen' in Übersee zu unterstützen, die als Schattenregierungen fungieren und die gewählten Regierungen, die die US-Interventionisten stürzen wollen, aushöhlen. Hinter den meisten außenpolitischen Katastrophen der USA in Übersee sind die [Fingerabdrücke von USAID](#) zu sehen. Von der Ukraine bis Georgien und weit darüber hinaus mischt sich USAID in die inneren Angelegenheiten fremder Länder ein - etwas, das die Amerikaner wütend machen würde, wenn es bei uns geschehen würde. [...] Es wird berichtet, dass 90% der Medien von der US-Regierung finanziert werden! [...] Die meisten Berichte der US-Mainstream-Medien über die Ukraine haben ihren Ursprung in der 'Berichterstattung' der lokalen Medien. Von Nachrichten vom Schlachtfeld über Verluste bis hin zum Zustand des ukrainischen Militärs – die 'Nachrichten' aus der Ukraine

werden von Medien verfasst, die von der US-Regierung unterstützt werden, und dann von US-amerikanischen und anderen westlichen Medien aufgegriffen. Es handelt sich um einen geschlossenen Propagandakreislauf, der nicht nur die US-Bürger propagiert, sondern auch die US-Regierungsstellen – wie den Kongress – mit falschen Informationen versorgt, die sich bei ihren Nachrichten über die Ukraine auf die Berichterstattung der Mainstream-Medien in den USA verlassen. [...] Aber USAID ist nicht nur mit Desinformation im Geschäft. Elon Musk hat kürzlich einen Artikel der New York Post auf X veröffentlicht, in dem berichtet wird, dass USAID 53 Mio. Dollar an die 'EcoHealth Alliance' überwiesen hat, um die Forschung an Coronaviren im Labor in Wuhan zu unterstützen! Hat USAID COVID mitfinanziert? Die Amerikaner haben ein Recht darauf, dies zu erfahren.“ Daher fordert Ron Paul: “USAID braucht eine vollständige und transparente Prüfung.“

Hier weitere USAID-Fingerabdrücke:

Nach Harald Neuber fürchten andere westliche Staaten und Verbündete der USA, die gut 50 Mrd. US-Dollar pro Jahr kompensieren zu müssen (*dazu am Ende mehr; Red.*). Nach Neuber geht es bei USAID “um weit mehr als Hilfslieferungen und Impfkampagnen“. U.a. werde der Behörde [seit langem vorgeworfen, verdeckt zu agieren und sich in die Politik anderer Länder einzumischen](#), wie in Kuba, Bolivien, Russland, Brasilien oder Peru. Weitere Beispiele: [Honduras, El Salvador und Guatemala](#), [Venezuela](#) und Nicaragua ([Teil 1](#), [Teil 2](#), [Teil 3](#)). Nach Neuber erscheint eine kritische Überprüfung der Rolle und Rechenschaftspflicht von USAID angesichts dieser Kontroversen dringend geboten.

Bzgl. der Verwicklung der USA in Putschte weist Max Jones darauf hin, dass die USAID das Projekt “New Citizen“ der ukrainischen NGO 'Centre of United Actions' nach Angaben der 'Kyiv Post' zu 54% und damit die [Entstehung des Maidan-Putsches mit großem Einfluss finanziert](#) hat. In der offiziellen Sprache heißt das, dass die USAID [Demokratieprogramme durchgeführt](#) habe, die dann zu freien und fairen Präsidentschaftswahlen geführt hätten.

Laut Wiltrud Schwetje hat die US-Behörde für internationale Entwicklung, USAID, [90% der ukrainischen Nachrichtenagenturen finanziert](#). Die USAID brachte nicht nur Medien auf Kurs, sondern [finanzierte ideologisch geprägte Programme auf der ganzen Welt](#). U.a. wurden 2 Mio. US-Dollar für “Geschlechtsumwandlungs“-Operationen in Guatemala ausgegeben, 20 Mio. für eine Sesamstraßen-ähnliche Kindersendung im Irak, 7,9 Mio. für die Schulung von Medien in Sri Lanka, damit sie keine “geschlechtsspezifische“ Sprache verwenden und 5,4 Mio. US-Dollar für LGBT-Aktivismus in Jamaika und Mazedonien. 122 Mio. Dollar gingen laut US-Senator John Kennedy an Gruppen, die mit Terrorismus in Verbindung gebracht werden.

'The Grayzone' stellte USAID von 2017 bis 2019 ca. [435 Mio. Dollar an die US-kontrollierte venezolanische Opposition](#) zur Verfügung. Weitere 128 Mio. Dollar stellte USAID für den von den USA ernannten Präsidenten bereit. Im Jahr 2018, beim von den USA geführten Putschversuch in Nicaragua, gab USAID 24,5 Mio. US-Dollar aus.

In Kirgistan unterstützte die US-Regierung nach Angaben des 'Wall Street Journal' die anno 2005 zum Sturz der Regierung führenden Demonstrationen ([Tulpenrevolution](#)) über das Außenministerium, USAID, Radio Liberty und Freedom House, indem sie das einzige nicht von der Regierung kontrollierte Printmedium des Landes finanzierte. Als der Staat die Stromzufuhr zu dieser Stelle unterbrach, stellte die US-Botschaft Notstromgeneratoren zur Verfügung. Andere Oppositionsgruppen und ein oppositioneller Fernsehsender wurden von der US-Regierung und in den USA ansässigen NGOs finanziert.

Anlässlich der seit Dezember 2024 andauernden oppositionellen Demonstrationen in Belgrad fühlt sich Uwe Froschauer an die Farbrevolutionen seit 2000 und den Euromaidan 2024 erinnert. Dort spielte die serbische Organisation "Otpor" (Widerstand) jeweils eine maßgebliche Rolle, wie sie das auch in der Ukraine 2004, Georgien (2003), Ägypten, Tunesien und weiteren Ländern tat. [Oppositionsgruppen in aller Welt](#) werden von dem Otpor-Nachfolger CANVAS (Centre for Applied Nonviolent Action and Strategies) nach einem Regelwerk ausgebildet, das Gene Sharp verfasst hat.

Finanziert wurden die Aktivitäten laut Froschauer von Otpor bzw. CANVAS teilweise verdeckt und teilweise offen durch Institutionen wie das NED (National Endowment for Democracy), USAID (United States Agency for International Development), NDI (National Democratic Institute), das 'Freedom House' in Washington, CPD (Committee on the Present Danger) und 'Open Society Institute' von George Soros. – Der serbische Präsident Vučić sieht die aktuellen Proteste als einen Versuch einer "importierten Farbrevolution" von NGOs, die aus den USA finanziert werden, insbesondere durch USAID und NED.

Für die durch die Trump-Regierung wegfallenden [USAID-Gelder, will nun die EU ausgleichen](#), "bevor befreundete NGOs und Mediengruppen gezwungen seien, ihre Arbeit aufgrund fehlender Mittel einzustellen". Die Bereitstellung dieser Finanzierung soll im Rahmen der Brüsseler Pläne zur "Aufrüstung Europas" erfolgen, indem 1% bis 2% für Verteidigung der Demokratie, also bis zu 16 Mrd. Euro, bereitgestellt werden.

Es wäre zu begrüßen, wenn die USA eine Behörde für Entwicklungshilfe einrichten würden, die sich ausschließlich um die Unterstützung von bedürftigen Ländern kümmert, ohne sich in deren innere Angelegenheiten unter dem Aspekt der US-Interessen einzumischen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑